

Berlin, den 1. November 2023

Kurskorrektur bei Sparpolitik der Bundesregierung dringend notwendig!

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir sind zutiefst besorgt über die von der Bundesregierung eingeleitete Sparpolitik und fordern Sie nachdrücklich zu einer Kurskorrektur auf. Der vom Kabinett beschlossene Haushalt für das kommende Jahr geht mit drastischen sozialen Kürzungen - von Hilfen für Arbeitslose über die Kinder- und Jugendhilfe bis zur Unterstützung Geflüchteter - mit Streichungen beim Umweltschutz sowie der Verweigerung erforderlicher Zukunftsinvestitionen einher. Mit diesem Kurs gefährdet die Bundesregierung den Erfolg der sozial-ökologischen Transformation.

In einer Zeit, in der antidemokratische Kräfte immer stärker Raum greifen, die Klimakrise sich verschärft und die soziale Ungleichheit wächst, brauchen wir nichts dringender als Investitionen in die Zukunft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Stattdessen beschneidet die Bundesregierung die soziale Infrastruktur und schwächt mit ihren Kürzungsplänen die Stabilität unserer Demokratie. Mit der angekündigten Rückkehr zur "fiskalpolitischen Normalität" verkennt sie nicht nur die aktuellen konjunkturellen und transformativen Erfordernisse, sondern knüpft an eine Finanz- und Haushaltspolitik vor Beginn der Corona-Krise an, die schon damals weder sozial gerecht noch zukunfts- und an ökologischen Zielen orientiert war.

Bereits 2019 waren der Investitionsstau und der Modernisierungsdruck bei der öffentlichen Infrastruktur, im Bildungs- und Kulturbereich, bei bezahlbarem Wohnraum und im Gesundheitswesen groß. Seither sind die Bedarfe weiter gewachsen. Um die Umwelt- und Klimaziele zu erreichen, brauchen wir deutlich höhere Investitionen in die Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und ihre soziale Flankierung.

Was heute an notwendigen Investitionen unterlassen und bei der Daseinsvorsorge eingespart wird, schadet nicht nur unmittelbar, sondern belastet gerade auch künftige Generationen mit den Kosten ungelöster Aufgaben und vertaner Chancen.

Statt unsere Gesellschaft und Wirtschaft mit einem Konsolidierungskurs zu schwächen, braucht es eine zukunfts- und gerechtere Finanz- und Steuerpolitik, die staatliche Handlungsfähigkeit und Demokratie stärkt und mutig in die Zukunft investiert.

Deshalb müssen kurzfristig alle vorhandenen Spielräume genutzt werden. Mittelfristig bedarf es gleichermaßen einer investitionsfreundlichen Reform der Schuldenbremse, den schrittweisen sozialverträglichen Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie einer stärkeren Beteiligung sehr hoher Einkommen und Vermögen an der Finanzierung des Gemeinwesens und der Transformation.

Wir rufen Sie daher auf, sich mit Ihrer Stimme gegen den von der Bundesregierung anvisierten Sparkurs einzusetzen.

Mit erwartungsvollen Grüßen



Bundesverband e.V.

Michael Groß
Präsident der Arbeiterwohlfahrt

AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

Kathrin Sonnenholzner
Präsidentin

Claudia Mandrysch
Vorständin AWO Bundesverband



Antje von Broock
Bundesgeschäftsführerin

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V.



Lea Herzig
Stellvertretende Vorsitzende

Deutscher Bundesjugendring e. V.



Stefan Körzell
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Deutscher Gewerkschaftsbund



Olaf Zimmermann
Geschäftsführer

Deutscher Kulturrat e. V.



Deutscher Mieterbund e. V.

Dr. Melanie Weber-Moritz
Bundesdirektorin



Deutscher Naturschutzring

Dr. Kai Niebert
Präsident



freier Zusammenschluss von
student*innenschaften e.V.

Sascha Wellmann
Vorstandsmitglied



Der Paritätische Gesamtverband

Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer



Sozialverband Deutschland e. V.

Michaela Engelmeier
Vorstandsvorsitzende